

Schüler als Wahlaufrufer - forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählern

Krebs, Oliver; Szukala, Andrea

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krebs, O., & Szukala, A. (2013). Schüler als Wahlaufrufer - forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählern. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 62(2), 285-297. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96386-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Schüler als Wahlaufrufer – forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählern

Oliver Krebs/Andrea Szukala



Oliver Krebs.
Abgeordneter Lehrer im Hochschuldienst. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Didaktik der Sozialwissenschaften

Zusammenfassung

Gegenstand des folgenden Beitrages ist ein Unterrichtsprojekt, das im Kontext der NRW-Landtagswahlen 2012 konzeptioniert und erprobt wurde. Ausgangspunkt war das immer stärkere Interesse an Formen und Strategien der Wählermobilisierung, wie sie in den Vereinigten Staaten seit Langem praktiziert und beforscht werden (Green/Vavreck 2008). Ausgehend von Ergebnissen dieser Forschung untersuchen deutsche Schüler experimentell, ob sich die Wahlbeteiligung erhöhen lässt. Aus fachdidaktischer Sicht sind dabei zwei zentrale Aspekte zu klären, erstens inwieweit sozialwissenschaftliche Experimente in dieser Form mit Schülern durchführbar sind, und zweitens wie diese zum Kompetenzaufbau der Lerner beitragen können. Ausgangsüberlegung ist, dass mit der Frage nach dem Verhalten der einzelnen Wahlberechtigten eine Perspektive entwickelt wird, die zur Klärung eines elementaren Mechanismus der repräsentativen Demokratie auf der Mikroebene beitragen kann und damit zugleich auch die Handlungsebene der Schüler adressiert. *Materialien zum Text, hier angegeben mit „M1“ und „M2“ usw., finden sich auf der Internetseite www.budrich-journals.de in der Abteilung zu GWP.*



Andrea Szukala.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Didaktik der Sozialwissenschaften

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Im ersten Teil beschreiben wir, wie der Blick auf das individuelle Wahlverhalten einen konzeptuellen Perspektivwechsel ermöglicht (1.). Im Anschluss daran werden die Bedeutung von Unterrichtsexperimenten in der (politischen) Bildung (2.1.) und die Ergebnisse der „voter turnout“-Experimente umrissen (2.2.). Nach einer Darstellung der Experimentidee, der Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb und der Erfahrungen aus der ersten Erprobung (3.) schließt der Beitrag mit einer vorläufigen Bilanz ab (4.).

1. Perspektivwechsel: Von der Systemebene auf die Handlungsebene

Wahlen sind von zentraler Bedeutung für repräsentative Demokratien und erfüllen eine Vielzahl wichtiger Funktionen für das politische System. Zu nennen sind die Übertragung und Abbildung der politischen Präferenzen der Bevölke-

rung auf repräsentative Gremien, Auswahl der politischen Führung und die Möglichkeit eines kontrollierten und legitimierten Herrschaftswechsels: In demokratischen Systemen sind Wahlen damit als eine „verfasste, standardisierte und von Eliten vorstrukturierte“ (Schoen 2009, 181) hoch effiziente Form politischen Handelns zu betrachten. Zudem sichern Wahlen als niederschwellige Beteiligungsform stärker als andere Formen die sozial gleiche politische Teilhabe (Schäfer 2010). Das politische Handeln in Wahlen zeigt sich im Wahlverhalten: zum einen bei der grundsätzlichen Wahlbeteiligung, zum anderen bei der Wahlentscheidung für ein bestimmtes politisches Angebot.

Wahlen sind Teil der Obligatorik der politischen Bildung und in allen einschlägigen Lehrplänen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen vorgeschriebener Unterrichtsgegenstand. In diesem Kontext wird die abnehmende Wahlbeteiligung in ihren Folgen für das politische System prominent behandelt und problematisiert. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob die Nichtwahl Ausdruck einer abnehmenden Systemunterstützung und somit ein Krisensymptom des politischen Systems sei (Floren 2010, 14f). Die Bereitschaft, als Wahlbürger politisch zu handeln, ist in Form des Bürgerbildes als eine Leitvorstellung in vielen didaktischen Konzeptionen (Ackermann 1998, 14ff.) enthalten. Aus dieser Perspektive wird politisch-partizipatives Handeln des Einzelnen im Sinne politischer Tugenden als systemischer Idealzustand gewertet und werden abweichende bzw. Nicht-Handlungen problematisiert (s. in Abgrenzung dazu Sander 2008, 44ff.; Hippe 2010, 70ff.).

Stellt man aber nicht die Folgen für das politische System in den Vordergrund, sondern fragt nach der Rationalität und den Sinngebungen der politischen Handlung des Bürgersubjekts, werden alternative Legitimationsmuster virulent. Dazu werden freilich auch alternative Handlungstheorien benötigt, wenn politisches Handeln auf der Mikroebene, die letztlich auch der Handlungsebene der Lerner entspricht, plausibilisiert werden soll. Dabei können zwei sozialwissenschaftliche Handlungsparadigmen auf das Phänomen der Wahlbeteiligung bezogen werden: Zum einen die Theorien aus der Theoriefamilie der rationalen Wahl (im Folgenden auch: Rational Choice/RC; Becker 1982; Downs 1986), zum anderen jene Theorien, die von politischem Handeln als sozial eingebettetem Handeln ausgehen, das durch Normen, Ideen und Rollenerwartungen beeinflusst ist. In der Fachdidaktik haben hier das Konzept Dahrendorfs vom *homo sociologicus* oder der *homo socius* besondere Resonanz (Dahrendorf 2006; Berger/Luckmann 2003, 54).

Die didaktischen Potenziale politischer Handlungstheorien werden in der politischen Bildung zu wenig ausgeschöpft (Buchstein 2012, 24). Dies gilt auch für das Handeln bei Wahlen, obwohl hier theoretische Annahmen von Lernern in Hypothesen zunächst schlank umgesetzt und operationalisiert werden können: Die konventionelle RC-Theorie geht davon aus, dass das Verhalten eines Akteurs ausschließlich durch feste Präferenzen begründet ist. Zu diesen filtert eine Person ihre Handlungsalternativen und ordnet sie einem logischen Nutzenkalkül folgend in einer Rangfolge. Für die Wahlbeteiligung bedeutet dies, dass jemand zur Wahl geht, wenn das Produkt der Wahrscheinlichkeit durch seine Teilnahme die Wahl zu entscheiden und dem Nutzen durch den Gewinn der Partei höher ist als die Kosten der Wahlteilnahme. In der ur-

sprünglichen Lesart war die Wahlbeteiligung somit nicht erklärbar (s. Wählerparadoxon, Downs 1986 und Riker/Ordeshook 1968).

Betrachtet man das Wahlverhalten hingegen als sozial eingebettetes Verhalten, dann ist Wählengehen Produkt einer internalisierten Norm, sich als Bürger an Wahlen zu beteiligen (internalisierte Wahlnorm vs. sanktionsbewehrte Wahlnorm, s. Goerres 2010, 277ff.). Diese Verhaltensweise beruht auf durch Sozialisation erworbenem Alltagswissen über Gruppennormen und Rollenanforderungen und auf entsprechend normkonformem Verhalten in verschiedenen sozialen Kontexten (Miesbach 2010, 50ff.; Blais 2000).

Auf die Frage des politischen Verhaltens bei Wahlen können Lerner durch die Brille dieser beiden Handlungstheorien unterschiedliche Prognosen entwickeln und sich der politischen Wirklichkeit offen mit forschender Haltung neu annähern. Sie werfen einen zunächst verfremdenden Blick auf die politische Partizipation: Nicht die Akzeptanz einer apriorischen normativen Prämisse, nämlich die notwendige ‚Einsicht‘ in die Wichtigkeit der politischen Partizipation innerhalb der Demokratie, steuert den Lernprozess, sondern – je nach theoretischem Blickwinkel – zunächst die Verwunderung über die Wahlteilnahme (Wählerparadoxon) oder über die Nicht-Teilnahme (aus der Sicht eines normgesteuerten Handelns).

Für die unterrichtliche Auseinandersetzung ergeben sich so bereits konzeptuell schülernahe und problemorientierte Perspektivierungen für den Unterricht, die auf das politische Handeln gerichtet sind.

2. Das Experiment als Lern- und Forschungsmethode

2.1 Das Experiment als Methode forschenden Lernens in der politischen Bildung

Nach Lange/Heldt ist forschendes Lernen dadurch gekennzeichnet, dass „Lernende auf konkrete Problem- und Fragestellungen aufmerksam werden, diese formulieren und zur Lösung methodisch reflektiert neues Wissen über einen Ausschnitt sozialer Realität einholen“ (Lange/Heldt 2009, 122). Forschendes Lernen ist problemorientiertes Lernen (ebd. 124), das Lernenden ermöglicht, mit Hilfe von empirischen Forschungsmethoden neues Wissen zu erschließen (Detjen 2005, 565). Damit ist das forschende Lernen in den Sekundarstufen eng mit der Wissenschaftspropädeutik verknüpft (ebd.566). Grundsätzlich entscheidend ist der Perspektiv- und Rollenwechsel des Lernenden: In Abgrenzung zum entdeckenden Lernen ist das forschende Lernen theorie- und forschungsfragengesteuert und will eher Erklärungen und Überprüfungen generieren als Beschreibungen (Ziegler/Jung 2010, 74). Der Lerner nimmt bewusst eine neue Haltung zum Wissen ein, nämlich die konstruktiv-forschende Haltung: Mit diesem Perspektivwechsel sollen Theorien, Fachwissen, Fertigkeiten und metakognitives Wissen im Prozess wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung verbunden erworben werden. Bevorzugte Forschungsmethoden im Unterricht sind dabei Interviews und Befragungen, Beobachtungen, Erkundungen, Sozial-

studien oder die Quellenanalyse (Moegling 2007, 100ff.). Das Experiment als Methode forschenden Lernens zum Testen von Theorien bleibt in der politischen Bildung bislang mehr oder weniger außer Acht.

Auch im Bereich der Politikwissenschaft spielte das Experiment als Forschungsmethode lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Viele politikwissenschaftliche Fragestellungen entziehen sich einer experimentellen Überprüfung, da typische Forschungsfragen zunächst vor allem auf Makrophänomene bezogen waren, für die sich naturgemäß geringe Fallzahlen ergeben und für die damit das „Treatment“ einzelner Faktoren in vergleichenden Designs so gut wie unmöglich bzw. nutzlos ist. Im Zuge der Internationalisierung der Fachwissenschaft, dem wachsenden Einfluss der (Politischen) Ökonomie im Fach und den mit ihr etablierten methodisch-theoretischen Standards lässt sich auch in der politikwissenschaftlichen Disziplin seit gut 15 Jahren eine Zunahme an experimenteller Forschung beobachten (vgl. Faas/Huber 2010). Die Stärke der Methode des Experiments liegt in der Möglichkeit, durch gezielte Variation einer Situation den Einfluss der theoretischen unabhängigen Variablen auf die abhängigen Variablen unter Kontrolle möglicher Störvariablen zu testen. Daher kann die Experimentalforschung in Anwendungsbereichen wie der Einstellungsforschung und der Kollektivgüterforschung besonders fruchtbar angewendet werden.

Schulische politische Bildung steht fachlich in der Tradition der kontinental-europäischen Politikwissenschaft und legt ihren Fokus in besonderem Maße auf das beschreibende Verstehen und Hinterfragen politischer, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge. Daher spielen Modelldenken und das Verknüpfen und Überprüfen von Konzepten für das Lernen in den sozialwissenschaftlichen Fächern immer noch eine eher randständige Rolle – mit Ausnahmen in der ökonomischen Bildung. Der Befund, dass Experimente insgesamt eine geringe Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Bildung haben, bezieht sich allerdings vornehmlich auf das Experiment als Methode des forschenden Lernens. Als Unterrichtsgegenstand sind Experimente sehr wohl etabliert. Exemplarisch sei auf den Lehrplan Sozialwissenschaften NRW verwiesen (MfSWWF 1999, 33). Schulbücher thematisieren überwiegend sozialpsychologische Gruppen-Experimente. Diesen ist gemeinsam, dass sie ethisch bedenklich und in ihrer Aussagekraft und ihrem experimentellen Design umstritten sind (Slater 2011).

Ein Blick in die Nachbardisziplin Wirtschaftswissenschaften zeigt, dass sich dort experimentelle Forschungsansätze seit Langem etabliert haben. Auch für die Didaktik der ökonomischen Bildung spielen Experimente eine Rolle. Als „Classroom experiments“ sollen sie ökonomische Zusammenhänge in Erprobungskontexten verdeutlichen (Haus 2009, 49). Neben dem Aufbau einer sachbezogenen Motivation können sie zur Überprüfung von Modellen und theoretischen Aussagen im Rahmen des entdeckenden Lernens verwendet werden (Schuhen/Weyland 2011, 390f.).

In der Domäne der Naturwissenschaften gilt das Experiment als die idealtypische Methode der Erkenntnisgewinnung, durch die die Lerner von ihren Ausgangsvorstellungen zu wissenschaftlichen Konzepten gelangen.

Das Ziel soll die Förderung des kausal-analytischen Denkens sowie der instrumentellen Fertigkeiten sein. Dabei wird ein Experiment als planmäßige Er-

hebung empirischer Sachverhalte zur Prüfung von Hypothesen definiert, bei der die Beziehung zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen getestet wird. Die Unterrichtsmethode des Experiments erfüllt je nach Einsatz unterschiedliche Funktionen für Lehr-Lern-Prozesse. Experimente können zum Aufwerfen einer Fragestellung, zur Motivierung, zum Veranschaulichen einer Theorie, zum Nachvollzug historischer Experimente, zu Wiederholung, Anwendung oder Übung instrumenteller Fertigkeiten genutzt werden (Barke/Harsch 2011, 111 ff.). Im Gegensatz zur Funktionsvielfalt des schulischen Experiments dient das Experiment in der wissenschaftlichen Forschung vornehmlich der Falsifikation von Hypothesen. Gleichwohl werden Experimente in der Schule dann als besonders lernwirksam gesehen, wenn sie in einer dem wissenschaftlichen Gebrauch ähnlichen Weise eingesetzt werden. Dies gilt, wenn Lerner ihre Handlungen theoretisch nachvollziehen, und wenn das Experiment in eine Phase der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung eingebettet ist, in der die Lerner den Forschungsprozess antizipieren und reflektieren. Das Experimentieren als bloßes Abarbeiten von Anweisungen („Kochrezepte“) ist nutzlos, wenn sich der Sinn für die Erkenntnisgewinnung nicht erschließt. Daher wird ein Vorgehen, bei dem das Experiment Bestandteil eines Forschungsprozesses ist (Fragestellung – Hypothesen – Experiment – Datendiskussion und Bewertung der Hypothesen) empfohlen.

2.2. Feldexperimente zur Wahlbeteiligung in den USA

Ein für die sozialwissenschaftliche Forschung bedeutsamer Typ des Experiments ist das Feldexperiment. Es unterscheidet sich vom Laborexperiment vor allem darin, dass die *treatments* in natürlichen Umgebungen eingesetzt werden, was neben den Problemen, Versuchsbedingungen vollständig zu kontrollieren, auch größere forschungsethische Limitierungen bei Projektdesigns birgt. Die Feldexperimente in der amerikanischen Wahlforschung haben eine fast hundertjährige Tradition (Gosnell 1926; Faas/Huber 2010). Das Kernanliegen dieser Forschung ist es zu überprüfen, ob und in welcher Form überparteiliche Wahlaufrufe die Wahlbeteiligung der Bevölkerung erhöhen. Üblicherweise werden die Teilnehmer zufällig in Kontroll- und Experimentalgruppe unterteilt. Die Experimentalgruppe erhält dann vor einer Wahl ein *treatment* (z.B. einen Aufruf zur Wahlbeteiligung). In den USA ist es schließlich möglich, anhand der personalisierten und öffentlich einsehbaren Wahlregister nach der Wahl zu überprüfen, ob die angesprochenen Personen sich an der Wahl beteiligt haben. Die Ergebnisse können mit der individuellen Wahlbeteiligung bei den vorherigen Wahlen und mit der Wahlbeteiligung der Kontrollgruppe verglichen werden. Die Wirksamkeit der Wahlaufrufe ist mehrfach für die USA belegt worden und hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Zum einen von der Form, zum anderen vom Inhalt der Wähleransprache (Gerber/Green 2000, 654ff.). Dabei hat sich herausgestellt, dass durch die persönliche Ansprache der wahlberechtigten Bevölkerung die höchste Zunahme der Wahlbeteiligung erreicht wird (8-10%), während schriftliche Aufrufe keinen Effekt haben und Telefonanrufe recht unterschiedliche Effekte aufweisen (3-5%), (Green/Vavreck

2008). In Bezug auf das Downsche Wählerparadox kann festgestellt werden, dass Wahlaufrufe in der Tat dann wirksam sind, wenn auf den knappen Wahlausgang und die Besonderheit der Wahl verwiesen wird und dem Wähler so ein hoher Nutzen seiner Stimmabgabe verdeutlicht werden kann (Gerber/Greene 2000, 658). Zugleich kann aber ebenso eine spezifische Wirksamkeit der Wahlnorm festgestellt werden: Werden potenzielle Wähler an ihre Bürgerpflicht zu wählen erinnert, dann steigt die Wahlbeteiligung vor allem dann, wenn auf die soziale Kontrolle des Umfeldes verwiesen wird. Der Hinweis auf die Wahlbeteiligung des Umfeldes wirkt sogar effektiver auf die Wahlbereitschaft als der Hinweis auf eine geringe Wahlbeteiligung, was wiederum auf theoretische Einschränkungen in Bezug auf das Downs-Paradox und auf die „soziale Logik von Politik“ hinweist (Gerber/Rogers 2009 nach Faas/Huber 2010, 738). In Schulprojekten wie Kids Voting-USA haben Schüler Wählermobilisierung vor allem im familiären Umfeld praktiziert: Auch hier stellte sich heraus, dass sie als Mittlerpersonen die Wahlbeteiligung innerhalb von Familien und Nachbarschaften steigern. Dies spricht für eine massive Orientierung am Handeln Anderer, für die soziale Kontrollvorstellung in Bezug auf Politik und damit für die Wirkung der Wahlnorm, wenn sie sozial sanktioniert wird (Linimon/Joslyn 2002).

3. Ein Schülerexperiment zur Erhöhung der Wahlbeteiligung: Idee, Ziele und Erfahrungen

3.1. Die Experimentidee

Lässt sich durch Aktivitäten der Schüler die Wahlbeteiligung in einem Stimmbezirk erhöhen? Diese Frage ist der Ausgangspunkt für ein Projekt, das den ersten deutschen Versuch darstellt, die amerikanischen Experimente in den sozialwissenschaftlichen Schulunterricht zu übertragen und die Wirksamkeit grundsätzlicher Faktoren der Wahlbeteiligung im Rahmen des forschenden Lernens experimentell zu überprüfen.

Die Wahlberechtigten eines schulnahen Stimmbezirkes werden als Experimentalgruppe untersucht und durch eine Mobilisierungskampagne zur Wahl aufgefordert. Umliegende vergleichbare Stimmbezirke dienen als Kontrollgruppe, dort entfällt die Wählermobilisierung. Die basale Hypothese lautet: Menschen lassen sich durch eine Wahlaufforderung in ihrem partizipativen Handeln beeinflussen. Diese Hypothese ist zunächst unspezifisch hinsichtlich der handlungstheoretischen Annahmen zur Wahlbeteiligung. Erst in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Handlungstheorien werden die Lernenden die unterschiedlichen theoretischen Perspektiven bei der Konzeption eines Wahlaufufes nutzen.

Da im Gegensatz zum amerikanischen Wahlsystem die Personalisierung registrierter Wähler in Deutschland nicht möglich ist, stößt das Experimentaldesign an seine praktischen Grenzen: Die Wahlbeteiligung in einem Stimmbezirk lässt sich nur über die Wahlstatistik messen. Um die Hypothese mit Hilfe

statistischer Daten zu überprüfen, muss die Veränderung der Wahlbeteiligung zur Vorwahl verglichen werden. Eine Zu- oder Abnahme kann erste Auskünfte über einen beeinflussenden Effekt geben (Briefwähler lassen sich indes nicht den Stimmbezirken zurechnen). Allerdings beeinflussen neben dem Wahlauf-ruf übergreifende Faktoren die Wahlbeteiligung: Politische Faktoren wie z.B. Themen im Wahlkampf, Kampagnen der Parteien, politische Stimmung in der Bevölkerung, aber auch Faktoren wie Wetter, Festtage, Feiern. Für diese Fak-toren wird angenommen, dass sie einen vergleichbaren Einfluss auf die Wahl-beteiligung in den Experimental- und Kontrollgruppen haben. Der Vergleich beider Gruppen ermöglicht die Überprüfung, ob die Wählermobilisierung er-folgreich war oder nicht.

Bei der Planung des Wahlaufrufs setzen sich die Schüler mit drei Fragen auseinander.

1. Welche Aufrufe sind darin erfolgreich, die Bevölkerung zur Wahlteilnah-me zu motivieren?
2. Welche Mittel bin ich als Schüler, als Kurs und Schule bereit einzusetzen?
3. Inwieweit sind die Mittel ethisch bedenklich?

Um die erste Frage zu klären, können zwei Blickrichtungen hilfreich sein:

A: Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit (sozialwissenschaftlichen) Hand-lungstheorien. Hier können Handlungstheorien in Bezug auf das Wahlverhalten exemplarisch gegenüber gestellt werden (internalisiertes normgeleitetes und ra-tionalistisch-nutzenmaximierendes Verhalten). Es werden die Modellannah-men des rationalen Handelns und des normengesteuerten Handelns des Homo sociologicus auf einen Gegenstand angewendet und die aus den Modellannah-men resultierenden unterschiedlichen Erklärungsansätze vergleichend gegen-über gestellt.

B: Mit der Bearbeitung der amerikanischen Erfahrung zu Feldexperimenten (siehe Kapitel 2) ergeben sich für die Schüler Hinweise, wie ein Wahlauf-ruf gestaltet sein kann, und welche differenzierten Fragestellungen experimentell überprüft werden könnten: Haben zum Beispiel unterschiedliche Ansprechfor-men Einfluss auf das Ergebnis des Wahlaufrufes?

Die zweite Frage setzt sich mit einer Hemmung auseinander: Jede Kontaktauf-nahme mit unbekanntem Menschen bedarf einer Überwindung. Die Gratwande-rung bei realen Handlungen im (Politik-)Unterricht besteht darin, die Schüler nicht zu Handlungen gegen ihren Willen zu zwingen, sie aber zu ermutigen, etwas Unbekanntes auszuprobieren. Eine Lösung kann darin bestehen, dass die Lerner die Handlungsformen auswählen, in der Gruppe diskutieren und durch Probehandeln testen: Handlungssimulationen im Klassenraum können auf die reale Situation vorbereiten.

Die dritte Frage, inwieweit eine Beeinflussung der Bevölkerung hinsicht-lich ihrer politischen Handlungen ethisch tragbar ist, muss ebenfalls im Kurs bzw. mit der Schule geklärt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Vorhaben sich aus dem Ver- stehen, Planen und Durchführen eines Wahlaufrufs und der Überprüfung seiner

Wirksamkeit zusammensetzt. Während die Auswahl der Experimentalgruppe und die Auswertung der Wahlbeteiligung eindeutig dem forschenden Lernen zugeordnet werden können, zielt das Experiment mit dem Aufruf zur Erhöhung der Wahlbeteiligung zusätzlich darauf ab, das soziale Umfeld zu verändern, und ist damit didaktisch auch dem Projektlernen zuzuordnen.

3.2. Der Kompetenzerwerb

Welche Fertigkeiten werden mit dem Experiment erlernt, gefestigt bzw. wiederholt?

Im Rahmen des Experimentes werden vier Elemente des wissenschaftspropädeutischen Lernens eingeübt, die Bestandteil eines experimentellen Unterrichts bzw. des forschenden Lernens sind.

- Die Lerner übernehmen die forschende Haltung, indem sie in der theoretischen Auseinandersetzung mit der Wahlbeteiligung Hypothesen hinsichtlich der Handlungsbereitschaft der Wahlberechtigten formulieren.
- Darauf aufbauend entwickeln die Lerner theorie- und hypothesengeleitet eine eigene Kampagne. Hier besteht auch die Möglichkeit, gestalterische Kompetenzen von Lernern zu fördern und einzuüben, so dass nach dem Experiment auch die Möglichkeit besteht, eine Gestaltungsaufgabe in der Leistungsüberprüfung vorzusehen.
- Nach dem Experiment sind die Schüler aufgefordert, die empirisch gewonnenen Daten zu überprüfen, indem sie die Wählerstatistiken analysieren.
- Abschließend werden die Ergebnisse von den Schülern interpretiert, Hypothesen und Durchführung des Experiments vor dem Hintergrund der Ergebnisse evaluiert sowie die Ergebnisse mit amerikanischen Studien verglichen und reflektiert.

Neben diesen wissenschaftspropädeutischen Zielen besteht mit dem Experiment die Chance, dass die Schüler mit ihrem Aufruf zur Partizipation das soziale Umfeld ihrer Umgebung zu beeinflussen suchen, indem sie Wahlen als kollektives Ereignis im schulischen Nahraum thematisieren und versuchen, lokal die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

3.3. Erfahrungen aus einer ersten Praxiserprobung

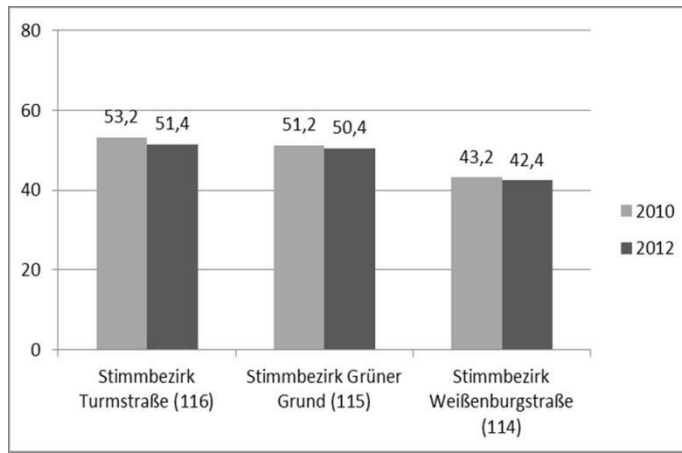
Die experimentelle Wählermobilisierung wurde in einem Grundkurs der Einführungsphase (EF) der Oberstufe am Wilhelm Hittorf-Gymnasium Münster im Rahmen der Landtagswahl 2012 in NRW erstmals erprobt. Mit Hilfe einer Statistik zur Wahlbeteiligung (M1) in dem Stimmbezirk der Schule wurden zwei Problemfragen aufgeworfen: Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung ein Problem? Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung aufzuhalten? Die Idee, im Rahmen eines Experimentes zu versuchen die Wahlbeteiligung zu erhöhen, stieß bei den Schülern auf eine hohe Zustimmung. Die knappe Unterrichtszeit bis zur vorgezogenen Landtagswahl (8 Ustd.) ermöglichte nur eine basale Wiederholung und Gegenüberstellung der Handlungstheorien an Hand der un-

terschiedlichen Wahlaufufe (M4). Das grundsätzliche experimentelle Design (M2) wurde von den Lernern schnell verstanden. Schwierigkeiten zeigten sich in der Analyse der Ergebnisse der amerikanischen Feldexperimente, da die mathematische Darstellung und die englische Sprache erhebliche Lernhürden für die Schüler darstellten (M3/M4). In der Schülergruppe gab es zudem Hemmungen, die Bevölkerung direkt anzusprechen. Die Schüler einigten sich darauf, einen selbst entwickelten Flyer (s. Abbildung 1) als Wahlaufruf an alle Haushalte des Stimmbezirks zu verteilen. Der Flyer zielt auf die Ansprache der sozialen Norm „Wählen zu gehen“ ab. Die Qualität des Flyers zeigt beispielhaft, welche Fertigkeiten Lerner in der digitalen Gestaltung besitzen.



Kritisch anzumerken bleibt, dass der Urheber der Nachricht (Sowi EF WHG) für die Einwohner nicht als Schülergruppe erkenntlich ist. Inwieweit das Auge eher eine abstoßende Wirkung auf die Wähler hat (im Sinne einer Überwachung) wurde diskutiert. Bei der Verteilung stießen die Schüler auf eine große Distanz von Seiten der Bevölkerung, die in dem Flyer eine Belästigung durch Werbung sahen. Dies hatte zur Folge, dass viele Haushalte nicht erreicht wurden. In der Auseinandersetzung mit den Bürgern und der anschließenden Reflexion im Unterricht wurde den Schülern deutlich, dass Nichtwählen und Wählen kein abstraktes Phänomen des politischen Systems sind, sondern eine politische Handlungsweise des sozialen Umfelds. Die Bedeutung der Wahlnorm wurden sowohl für den Wähler als auch für das politische System be-

trachtet und bewertet, damit konnte die Mikroebene (Wahlhandlung des Einzelnen) mit der Makroebene (Wahlbeteiligung insgesamt) verknüpft werden.



Nach der Wahl konnten die Schüler mit Hilfe der Wahlstatistiken (Abb. 2) die Wahlbeteiligung analysieren und kamen zur Feststellung, dass der Wahlauf Ruf keine erkennbare Wirkung auf die Wahlbeteiligung hatte, da die Wahlbeteiligung wie in den anderen verglichenen Stimmbezirken rückläufig war. Ob ein anderes Ergebnis im Rahmen eines Experiments grundsätzlich möglich ist, bleibt unklar, da es bisher keine Versuche der deutschen Politikwissenschaft gab, das Experiment in Deutschland zu reproduzieren. In der anschließenden Analyse diskutierten und deuteten die Schüler das Ergebnis hinsichtlich zweier Perspektiven:

1. Die amerikanischen Ergebnisse lassen sich auf deutsche Verhältnisse nicht übertragen.
2. Die Form der Ansprache war wirkungslos, eine Aktivierung ist aber prinzipiell möglich.

Zu 1. Die Schüler äußerten, die deutsche Bevölkerung reagiere anders auf Wahlauf rufe und lasse sich durch diese in ihrer Handlung nicht beeinflussen. Dies wurde mit Mentalitätsunterschieden begründet. Die deutschen Nichtwähler und ihr Verhalten seien anderer Art als das der Amerikaner. Dagegen wurde vorgebracht, dass das Experiment bei englischen Wahlen erfolgreich war. In diesem Zusammenhang wurde auch aus der Rational Choice-Perspektive argumentiert, dass der Flyer die Wahrnehmung des Wahlnutzens nicht erhöht habe.

Zu 2. Andere Schüler sahen die Wirkungslosigkeit darin begründet, dass die Form der Ansprache wirkungslos gewesen sei: Möglicherweise sei die westfälische Bevölkerung etwas reservierter, dies könne aber auch mit der Fülle kommerzieller Werbeflyer zu tun haben, so dass den Wahlauf ruf-Flyern keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Für das Experiment sei es wichtig, aber auch schwierig, die Aufmerksamkeit der Bürger zu gewinnen. Auch wurde auf die Experimentalergebnisse verwiesen, die (persönlich adressierten)

Briefen eine relativ geringe Wirksamkeit bescheinigen, und daher sei bei allgemeinen Flyern, deren Urheber unklar sei, nichts anderes zu erwarten gewesen.

Die hier knapp wiedergegeben Diskussionsstränge zeigen, dass die Lerner die Ergebnisse in der Diskussion aus verschiedenen methodisch-theoretischen Perspektiven betrachteten und diskutierten. Daraus entwickelten die Lerner zwei neue Hypothesen:

- a) Die Feldexperimente sind in Deutschland nicht reproduzierbar. Man müsse positive Anreize wie eine Gutscheinvertosung unter den Wählern organisieren um die Wahlbeteiligung zu steigern. Die Schüler verwiesen damit auf die Logik des rationalen Wählers.
- b) Die Experimente sind reproduzierbar, allerdings bedarf es bei der Vorbereitung des Wahlaufrufs persönlicherer Formen der Ansprache wie z.B. in der Zeitung angekündigte Tür-zu-Tür-Gespräche oder langfristig vor der Wahl platzierte öffentliche Veranstaltungen, um die Bevölkerung auf die Wahlaufrufe einzustellen.

In den hier dargestellten Erfahrungen einer ersten Umsetzung zeigt sich, dass den Schülern Methodik und Denkweise des wissenschaftlichen Arbeitens mit Hilfe des Experiments verdeutlicht wurde.

4. Ausblick

Worin besteht der didaktische Ertrag des dargestellten Vorhabens? Das Experiment erfordert es, und darin liegt seine Lernchance, forschungsbezogen unterschiedliche Handlungstheorien auf die Wahlbeteiligung zu beziehen. Die Lerner nehmen dies nicht nur theoretisch auf, sondern können erworbenes Wissen experimentell prüfen und produktiv anwenden. Damit gewinnen sie zudem eine interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Perspektive auf ein zentrales politisches Phänomen (Hedtke 2007). Zumindest in Nordrhein-Westfalen werden die Handlungstheorien im Lehrplan jeweils domänenspezifisch eingeführt und isoliert unterrichtet: Das menschliche Verhalten in sozialen Gruppen und im Rahmen des Sozialisierungsprozesses wird mit Hilfe des Homo sociologicus bzw. ausdifferenzierterer Rollentheorien erläutert und das wirtschaftliche Handeln mit Hilfe des Homo oeconomicus. Dass beide Theorien aber auch zur Klärung *eines* Phänomens herangezogen werden können und dabei ganz unterschiedliche Ursache-Wirkungsketten beleuchten, ist in Lehrplänen und in Schulbüchern kaum vorgesehen (vgl. Stiller 2005, 66f, 95ff. und Floren 2010, 100, 149). Die Handlungstheorien können für die Lernenden darüber hinaus hilfreich sein, politische Programme, die darauf abzielen, das menschliche Handeln in der Gesellschaft zu regulieren (z.B. Elterngeld, Bildungsgeld), in ihren Steuerungsprämissen zu beurteilen.

Gewinnt die experimentelle Forschung in den Gesellschaftswissenschaften weiterhin an Bedeutung, so sollte im Rahmen einer wissenschaftspropädeutischen Schulbildung der Stellenwert von Denken in Modellen und Lernen an Experimenten im sozialwissenschaftlichen Unterricht neu bewertet werden. Zu

fragen wäre, ob das Experiment Einfluss auf das Wahlverhalten von Lernern und Personen in ihrem sozialen Umfeld hat. Diesen indirekten Effekt bestätigten Erfahrungen aus anderen Ländern (Roker/Player/Colemann 1999; Liniimon/Joslyn 2002). Inwieweit die Wahlnorm bei den Lernern gefestigt wurde, müsste bei einer Wiederholung untersucht und kritisch gewertet werden. Will man vergleichend *beide* Handlungstheorien als Hypothesen experimentell testen, müsste das Experiment bei einer der nächsten Wahlen in einem größeren organisatorischen Rahmen durchgeführt werden.

Literatur

- Ackermann, Paul (1998): Die Bürgerrolle in der Demokratie als Bezugsrahmen für die politische Bildung. In: Breit, Gotthardt und Schiele, Siegfried (Hg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht. Schwalbach/Ts. 13-34.
- Barke, Hans-Dieter/Harsch, Günther (2011): Chemiedidaktik kompakt. Berlin, Heidelberg.
- Becker, Gary S. (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1967/2012): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M.
- Blais, André (2000): To vote or not to vote. The merits and limits of rational choice theory. Pittsburgh.
- Buchstein, Hubertus (2012): Divergierende Konzepte Politischen Handelns in der Politikwissenschaft. In: Weißeno, Georg und Buchstein, Hubertus (Hg.): Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen. Bonn, 18-38
- Dahrendorf, Ralf (1965/2006): Homo sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Wiesbaden. 16. Auflage
- Detjen, Joachim (2005): Forschend lernen. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn, 565–576.
- Downs, Anthony (1957/1986): Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen.
- Faas, Thorsten/Huber, Sascha (2010): Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauerblümchen bis zum Mainstream. In: Politische Vierteljahresschrift, 51,4, 721-749.
- Floren, Franz-Josef (2010): Wirtschaft – Gesellschaft – Politik Band 1 (Einführungsphase). Paderborn.
- Gerber, Alan S./Green, Donald P. (2000): The Effects of Canvassing, Telephone Calls and Direct Mail on Voter Turnout. A Field Experiment. In: The American Political Science Review, 94, 3, 653-663.
- Goerres, Achim (2010): Die soziale Norm der Wahlbeteiligung, in: Politische Vierteljahresschrift, 51, 2, 275–296.
- Gosnell, Harold F. (1926): An Experiment in the Stimulating of Voting. In: The American Political Science Review, 20, 4, 869-874.
- Green, Donald P./Vavreck, Lynn (2008): Analysis of Cluster-Randomized Field Experiments. In: Political Analysis, 16, 138-152.
- Haus, Andrea (2009): Classroom Experiments, Schwalbach/Ts.
- Hedtke, Reinhold (2007): Politikwissenschaft oder Sozialwissenschaften? Zur Referenz Politischer Bildung. In: Lange, Dirk (Hg.): Strategien der Politischen Bildung. Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2. Baltmannsweiler, 22-30.
- Hippe, Thorsten (2010): Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich? Wiesbaden.
- Lange, Dirk/Heldt, Inken (2009): Das Politik Labor – Forschendes Lernen in der Politischen Bildung. In Messner, Rudolf (Hg.): Schule forscht – Ansätze und Methoden zum forschenden Lernen. Hamburg, 122-130.
- Linimon, Amy/Joslyn, Marc A. (2002): Trickle Up Political Socialization: The Impact of Kids Voting USA on Voter in Turnout in Kansas. In: State Politics & Policy Quarterly, 2, 24-36.

- Miesbach, Bernhard (2010): Soziologische Handlungstheorie. Wiesbaden.
- Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung (MSWWF) (1999) (Hg.): Lehrplan Sozialwissenschaften. Frechen.
- Moegling, Klaus (2007): Forschendes Lehren und Lernen. In: Reinhardt, Sibylle und Richter, Dagmar (Hg.): Politik Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin, 98-102.
- Riker, William/Ordeshook, Peter (1968): A theory of the calculus of voting. In: American Political Science Review, 62, 1, 25–62.
- Roker, D./Player, K./Coleman, J. (1999): Young People's Voluntary and Campaigning Activities as Sources of Political Education. In: Oxford Review of Education, 25, 1/2, 185-197.
- Sander, Wolfgang (2008): Politik entdecken, Freiheit leben. Schwalbach/Ts.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4, 1, 131-156.
- Schoen, Harald (2009): Wahlsoziologie. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden, 181-208.
- Schuhlen, Michael/Weyland, Michael (2011): „Marktwirtschaft“ unterrichten – aber wie? In Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. (GWP), 60, 3, 387-398.
- Slater, Lauren (2011): Von Menschen und Ratten: Die berühmten Experimente der Psychologie. Hamburg.
- Stiller, Edwin (Hg.) (2005): Dialog SoWi – Unterrichtswerk für Sozialwissenschaften. Band 1. Bamberg.
- Ziegler, Beatrice/Jung, Michael (2010): Politik erforschen. In: Lange, Dirk (Hg.): Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2. Strategien der Politischen Bildung. Baltmannsweiler, 72-84.